

Antrag 179/I/2025**SPDqueer Berlin Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme. Überweisung LG im BT, Streichung Empfänger BPT (Konsens)****Trans*, inter und nichtbinäre Menschen schützen und Reisefreiheit gewährleisten**

1 Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-
 2 Fraktion im Deutschen Bundestag werden aufgefordert,
 3 sich gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von
 4 Amerika dafür einzusetzen, dass trans*, inter und nicht-
 5 binäre (TIN*-) Personen nicht aufgrund ihres Geschlechts-
 6 eintrags bei der Einreise in die USA, bei der Visaverga-
 7 be und während ihres Aufenthalts dort diskriminiert wer-
 8 den. Ebenfalls sollen die deutschen Auslandsvertretun-
 9 gen für die Problematik sensibilisiert werden und ad-
 10 äquate Hilfestellungen angeboten werden, z.B. durch ei-
 11 ne laufend aktualisierte Internetseite mit den geltenden
 12 Regelungen für TIN*-Reisende sowie dauerhaft besetzte
 13 Kontaktmöglichkeiten per E-Mail und Telefon für TIN*-
 14 Staatsbürger*innen, die bei der Einreise oder während
 15 des Aufenthalts in Schwierigkeiten geraten. Mit den Aus-
 16 landsvertretungen der anderen EU-Staaten soll hier eng
 17 kooperiert werden. Ebenfalls soll ein Konzept entwickelt
 18 werden für den Fall, dass Doppelstaatler*innen gezwun-
 19 gen sind, ihren Geschlechtseintrag in ihren US-Pässen zu
 20 ändern, sodass ihr Geschlechtseintrag trotz dieser Diver-
 21 genz in den deutschen Pässen erhalten bleibt. Insgesamt
 22 soll sich die deutsche Bundesregierung und der Deutsche
 23 Bundestag entgegen der US-Partner*innen klar zu den
 24 Rechten von TIN*-Personen bekennen und diese regelmä-
 25 ßig zum Thema bei Konsultationen machen.

26

Begründung

28 US-Präsident Donald Trump und seine Regierung haben
 29 angekündigt, zukünftig TIN*-Identitäten nicht mehr an-
 30 zuerkennen, und haben in ihrem Regierungshandeln of-
 31 fen den Kampf gegen TIN*-Personen eröffnet. Diese men-
 32 schenverachtende Politik betrifft nicht nur viele Men-
 33 schen in den USA, mit denen wir uns klar und deutlich so-
 34 lidarisieren, sondern auch Menschen, die in die USA ein-
 35 reisen wollen, um dort Urlaub zu machen, Verwandte und
 36 Freund*innen zu besuchen oder zu arbeiten. Konkret be-
 37 steht die Gefahr, dass die Geschlechtseinträge auf deut-
 38 schen Pässen, insb. der Eintrag „divers“, nicht mehr an-
 39 erkannt werden und die Einreise oder auch Visa verwei-
 40 gert werden. Es ist außerdem zu befürchten, dass dies
 41 ebenfalls zu Problemen bei Kontrollen nach der Einrei-
 42 se führen kann. Gleichzeitig drohte die Regierung Trump,
 43 dass US-TIN*-Personen ihren Geschlechtseintrag zurück-
 44 ändern müssen in den, der ihnen bei der Geburt zugewie-
 45 sen wurde. Dies stellt nicht nur einen inakzeptablen Ein-
 46 griff in das Selbstbestimmungsrecht aller Menschen dar,
 47 sondern kann auch bei Doppelstaatler*innen zu Fragen
 48 führen, wenn beide Pässe unterschiedliche Geschlechts-

Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung und die SPD-
 Fraktion im Deutschen Bundestag werden aufgefordert,
 sich gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von
 Amerika **sowie innereuropäisch und international** dafür
 einzusetzen, dass trans*, inter und nichtbinäre (TIN*-) Per-
 sonen nicht aufgrund ihres Geschlechtseintrags bei der
 Einreise in die USA, bei der Visavergabe und während ihres
 Aufenthalts dort diskriminiert werden. Ebenfalls sollen
 die deutschen Auslandsvertretungen für die Problematik
 sensibilisiert werden und adäquate Hilfestellungen ange-
 boten werden, z.B. durch eine laufend aktualisierte Inter-
 netseite mit den geltenden Regelungen für TIN*-Reisende
 sowie dauerhaft besetzte Kontaktmöglichkeiten per E-
 Mail und Telefon für TIN*-Staatsbürger*innen, die bei der
 Einreise oder während des Aufenthalts in Schwierigkeiten
 geraten. Mit den Auslandsvertretungen der anderen EU-
 Staaten soll hier eng kooperiert werden. Ebenfalls soll ein
 Konzept entwickelt werden für den Fall, dass Doppelstaat-
 ler*innen gezwungen sind, ihren Geschlechtseintrag in ih-
 ren US-Pässen zu ändern, sodass ihr Geschlechtseintrag
 trotz dieser Divergenz in den deutschen Pässen erhalten
 bleibt. Insgesamt soll sich die deutsche Bundesregierung
 und der Deutsche Bundestag entgegen der US-Partner*in-
 nen klar zu den Rechten von TIN*-Personen bekennen und
 diese regelmäßig zum Thema bei Konsultationen machen.

49 einträge haben sollten. Das System Trump baut darauf,
50 durch viel Unklarheit und eine nicht enden wollende Flut
51 an reaktionären Verordnungen Chaos und Verunsiche-
52 rung zu schaffen und man nicht weiß, ob solche oder wel-
53 che anderen Regelungen noch kommen könnten. Da aber
54 davon auszugehen ist, dass Trump und seine Regierung ih-
55 re Ankündigungen früher oder später wahr machen, muss
56 die deutsche Bundesregierung jetzt schon handeln und
57 für alle Eventualitäten vorbereitet sein.

58
59 Selbstbestimmung ist endlich und zum Glück geltendes
60 Recht in Deutschland und es gehört nun auch zu den Auf-
61 gaben der deutschen Politik, dieses Recht international
62 umzusetzen, denn Selbstbestimmung ist nicht verhandel-
63 bar!